

Sperrfrist Redebeginn!  
Es gilt das gesprochene Wort



**Wolfgang Kubicki, MdL**  
*Vorsitzender*

**Christopher Vogt, MdL**  
*Stellvertretender Vorsitzender*

**Dr. Heiner Garg, MdL**  
*Parlamentarischer Geschäftsführer*

Nr. 038/2017  
Kiel, Donnerstag, 26. Januar 2017

Verkehr/Fehmarnbeltquerung

## Christopher Vogt: Die Koalition hat es in fast fünf Jahren nicht geschafft, zu einer gemeinsamen Position zu kommen

In seiner Rede zu TOP 40 (Bericht zur Festen Fehmarnbeltquerung) erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und verkehrspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Ich danke für den Bericht, für dessen Erstellung die Landesregierung zwei Monate Zeit hatte. Das Ergebnis besticht durch – sagen wir mal – erstaunlich große Übersichtlichkeit. Es hat immerhin für ganze zwei DIN-A-Seiten gereicht. Nun neigen wir Norddeutsche ja nun nicht gerade zur Geschwätzigkeit oder zu ausschweifenden Erklärungen – es gibt natürlich prominente Ausnahmen – aber Leidenschaft für dieses Projekt sieht nun wirklich anders aus. Sei es drum. Obwohl der Bericht erst zwei Monate alt bzw. jung ist, ist er bereits überholt.

Alle Beteiligten erinnern sich ja noch an den erneuten Streit zwischen dem Wirtschaftsminister und dem Umweltminister Mitte Dezember des letzten Jahres, der auch wieder einmal den Ministerpräsidenten auf den Plan gerufen hat. Die angeblich geringfügige Verzögerung, die auf das verspätete Ab-liefern einer Stellungnahme durch das Umweltministerium zurückzuführen ist, kommt in diesem Bericht gar nicht vor.

Wir könnten uns als Opposition ja eigentlich darüber freuen, dass sich die Regierung streitet und bei der Infrastrukturplanung nicht entscheidend vor-rankommt.

Es schadet aber leider unserem Bundesland in erheblichem Maße, dass es immer wieder zum offenen Streit zwischen den zuständigen Ministern kommt und dass Rot-Grün-Blau es auch in nunmehr fast fünf Jahren nicht geschafft hat, bei der festen Fehmarnbelt-Querung zu einer gemeinsamen

Position zu kommen. Der Verkehrsminister und der Umweltminister ziehen an einem Strang, aber leider in entgegengesetzte Richtungen.

Die Verzögerungen sind auch nicht einfach nur ärgerlich, wie der Verkehrsminister dann immer betont. Sie sind auch vermeidbar gewesen. Minister Habeck hatte im Dezember im Wirtschaftsausschuss, als die beiden Minister die erneute Verzögerung gemeinsam erklären mussten, ausgeführt, wie aufwendig solche Stellungnahmen sind und dass dies mit den vorhandenen personellen Ressourcen sehr schwierig sei. Das kann ich nachvollziehen.

Was ich jedoch nicht nachvollziehen kann, ist die Tatsache, dass die Landesregierung die Planungskapazitäten jahrelang sträflich vernachlässigt hat. Die FDP-Fraktion hat immer darauf gedrängt, dass die Planungskapazitäten für die Infrastrukturprojekte in Schleswig-Holstein erhöht werden, weil es sonst nicht funktionieren würde. Dies bestätigt sich leider immer wieder und die Ausreden werden immer schlechter.

Der Ministerpräsident hat ja nun kürzlich zu der zweiten Großbaustelle der Infrastrukturpolitik, dem Ausbau der A20, verlautbaren lassen, dass es ja gar nicht genügend Bagger geben würde, um das Projekt schneller voranzubringen. Die Bauindustrie hat dies dankenswerterweise prompt zurückgewiesen, weil das ja auch schlichtweg Unsinn ist.

Es ist bedauerlich, dass eine Landesregierung, die sich selbst als nordeuropäische Regierung bezeichnet, dieses gemeinsame Projekt mit unseren dänischen Freunden so lustlos und dilettantisch bearbeitet, aber ich gehe davon aus, dass die Bürgerinnen und Bürger dieses Trauerspiel bei der Landtagswahl beenden wird. Die Chancen, die dieses Projekt unserem Bundesland bringt, müssen endlich genutzt werden. Die Region soll maximal davon profitieren können – schon während der Bauphase, aber ganz besonders nach der Eröffnung.

Ich möchte noch was zur Bürgerbeteiligung sagen: Bundesverkehrsminister Dobrindt will ja nun das Planungsrecht deutlich vereinfachen und sich da auch am dänischen Vorbild orientieren. Minister Meyer findet das auch irgendwie gut. Beide haben aber eine ganze Legislaturperiode versäumt, dieses Thema anzupacken. Vermutlich werden beide nun nicht mehr die Chance dazu bekommen, dies nachzuholen.

Es kann doch nicht sein, dass wir bei der Planung doppelt so lange brauchen wie Dänemark. Es gibt auf deutscher Seite rund 12.600 Einwendungen, viele sind einfach kopiert worden, dementsprechend kann man auch die Antworten einfach kopieren – das hält das Land nicht weiter auf. Aber viele wurden einfach nur verfasst, um für Verzögerungen zu sorgen. Das kann es nun wirklich nicht sein.

Es muss bei der Bürgerbeteiligung doch darum gehen, die Planung zu verbessern und berechnete Interessen zu berücksichtigen. Deshalb sollte man das Planungsrecht umfassend reformieren und sich dabei auf die tatsächlich Betroffenen konzentrieren und deren berechnete Interessen dann bestmöglich berücksichtigen.“